

II=446 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

8.3.1967

217/J

A n f r a g e

der Abgeordneten L i b a l , T h a l h a m m e r und Genossen  
an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung,  
betreffend Anfragebeantwortung 177/A.B.

-.-.-.-.-

Sozialistische Abgeordnete haben auf Grund von Äußerungen des Herrn Staatssekretärs Soronics bzw. auf Grund einer Meldung der ÖVP-Zeitung "Volksblatt" am 23.2.1967 eine Anfrage an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung gerichtet (183/J). Die Anfragebeantwortung der Frau Bundesminister für soziale Verwaltung erscheint aus verschiedenen Gründen unzureichend und widersprüchlich zu sein.

Vorliegende Anfrage beschäftigt sich aber nur mit einem Teil der Anfragebeantwortung, der mit dem Interpellationsgegenstand in keinem wie immer gearteten Zusammenhang steht. Die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung behauptet, daß ein sozialistischer Abgeordneter aus Oberösterreich sich in einem Schreiben vom 23. Jänner 1967 über Unzukömmlichkeiten beklagt und bezeichnet dies als "Diskriminierungsversuch".

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß damit der erstunterzeichnete Fragesteller bzw. das von diesem am 23. Jänner an Herrn Staatssekretär Soronics gerichtete Schreiben gemeint ist. In dieser Korrespondenz zwischen dem Abgeordneten Libal und Staatssekretär Soronics wurde unter Anführung präziser Fakten auf Unzulänglichkeiten im Bereich des Landesinvalidenamtes Linz verwiesen, wie es der Pflicht eines freigewählten Abgeordneten und Funktionärs der Kriegsopferorganisation entspricht.

Die unterzeichneten Abgeordneten weisen daher die Behauptung, es handle sich dabei um Diskriminierungsversuche, entschieden zurück.

Da die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung diese Äußerungen über eine zwischen zwei Personen geführte Korrespondenz in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung gemacht hat, waren die unterzeichneten Abgeordneten zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, diesen Zwischenfall in einem Schreiben an die Frau Bundesminister zu bereinigen, sondern sind gezwungen, an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung nachstehende

217/J

- 2 -

A n f r a g e n

zu richten:

1. Auf Grund welcher Überlegungen und mit welchem Recht bezeichnen Sie den Versuch eines freigewählten Abgeordneten, Unzukömmlichkeiten im Bereich des Landesinvalidenamtes Linz in korrekter Weise dem zuständigen Herrn Staatssekretär schriftlich zu unterbreiten, als "Diskriminierungsversuch"?
2. Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen diesem Schreiben des Herrn Abgeordneten Libal und den zum Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage gemachten Pressemeldung des "Volksblattes" vom 11. Februar 1967?

-.-.-.-.-